



Winterthur, 28. Juni 2009

Der endgültige Abschied vom Casino-Kapitalismus Die Finanzmärkte grundlegend neu ordnen und regulieren

Der realwirtschaftliche Schaden, der von der globalen Finanzkrise ausgeht, ist noch immer nicht voll abzuschätzen. Klar ist aber: Wir stehen vor der historischen Aufgabe, die Wirtschaft international so zu reformieren, dass sich diese schlimmste Krise seit Jahrzehnten nicht wiederholen kann. Dazu gehört einerseits die stärkere Regulierung der Finanzmärkte in der Schweiz und weltweit, wie sie dieses Papier fordert. Dazu gehört andererseits aber auch die Umverteilung des gesellschaftlich produzierten Reichtums, da die ungleiche Vermögensverteilung ein Auslöser der Krise ist.

Die Krise verdeutlicht die zu grosse Bedeutung der Finanz- und Kapitalmärkte für moderne Volkswirtschaften und sie zeigt, dass diese Märkte und ihre Akteure nicht dem freien Spiel der Kräfte überlassen werden dürfen. Sie müssen gezügelt werden, nachdem die vergangenen Jahre von Deregulierung und Selbstverpflichtung gekennzeichnet waren. Das Casino braucht eine strengere Hausordnung, um die schlimmsten Auswüchse der internationalen Finanzspekulation eindämmen zu können. Das vorliegende Papier soll die Eckpunkte einer solchen „Hausordnung“ liefern.

Doch damit ist es nicht getan. Die Deregulierung der Finanzmärkte ist ihrerseits bloss Ausdruck eines grundlegenden Problems: Dass die Reichen immer reicher werden, während die arbeitende Bevölkerung immer weniger zum Leben hat. Die massive Konzentration von Kapital in den Händen weniger brachte eine gestiegene Nachfrage nach zusätzlichen Spekulationsmöglichkeiten mit sich – und damit letztlich den Druck zur Deregulierung. Auch die Schweiz mit ihrem hohen Aussenhandelsüberschuss ist für die Krise mitverantwortlich. Um künftig Krisen verhindern zu können, braucht es deshalb in der Schweiz und weltweit eine grundlegende Neuverteilung des gesellschaftlich produzierten Wohlstandes hin zu der arbeitenden Bevölkerung.

Die Regulierung der Finanzmärkte voranzutreiben, ist gut und richtig. Doch die KapitaleignerInnen werden immer wieder Wege finden, ihr Kapital möglichst gewinnbringend anzulegen, und so möglichst hohe Renditen zu erzielen. Diese kurzfristig angelegte Gewinnorientierung verhindert langfristig nachhaltiges und soziales Wirtschaften. Um es mit den Worten von Unctad-Chefökonom Heiner Flassbeck zu formulieren: „Das Casino muss geschlossen werden!“

Mit mehreren Tausend Milliarden Franken werden derzeit weltweit Bankinstitute stabilisiert, um noch schlimmere Wohlstandsverluste zu verhindern. Absolut zwingend sind aber als Konsequenz:

- **Staatliche Einflussnahme auf die Geschäftspolitik der geretteten Banken**
- **Redimensionierung der führenden Finanzinstitute („to big to fail“), weil die einzelnen Staaten an ihre Grenzen stossen, wenn sie diese globalen Finanzmarkt Giganten zur Systemsicherung mit Mitteln aus dem nationalstaatlichen Haushalt retten müssen.**
- **Grundsätzliche Korrekturen an der bestehenden Finanzmarktarchitektur, die global erfolgen müssen. Es gilt jetzt, die Finanzmärkte für eine nachhaltige Zukunft neu zu ordnen.**
- **Steigerung der allgemeinen Kaufkraft durch eine Erhöhung der Reallöhne in der Schweiz für untere und mittlere Einkommen.**

Entscheidend ist eine intelligente Regulierung, die Missbräuche verhindert und gleichzeitig die nützlichen Funktionen von Finanz- und Kapitalmärkten in den Dienst einer nachhaltigen Realwirtschaft stellt. Dabei gilt es, die wesentlichen Ursachen der jüngsten Krise zu berücksichtigen und eine Wiederholung zu verhindern:

- **Ungenügende und falsche Regulierung der Finanzmärkte als Folge der grossen Liberalisierungswelle seit den achtziger Jahren**
- **Falsche Ziele, Anreize und Führungsorganisationen der Finanzinstitute, die zu hochrisikanten Vorgehensweisen verleiteten sowie mangelndes Verantwortungsbewusstsein in der Finanzwirtschaft**
- **Zu grosse Fremdverschuldung der Finanzinstitute („Leverage“)**
- **Komplexe und intransparente Finanzprodukte, die häufig weder KäuferInnen noch VerkäuferInnen wirklich verstehen konnten**
- **Leichtfertige und fahrlässige Kreditvergabe durch die Banken an Unternehmen und Private**
- **Falsche Bewertung und Beurteilung der Wertpapiere und Institute durch die Ratingagenturen**
- **Zu hohe Liquidität aufgrund einer sehr expansiven US-Geldpolitik**
- **Globales Ungleichgewicht zwischen Staaten mit Handelsüberschüssen (z.B. China) und Handelsdefiziten (z.B. USA)**

Angesichts der globalen Vernetzung der Finanzmärkte und damit des globalen Charakters der aktuellen Krise besteht bezüglich einer neuen Finanzmarktarchitektur grosser Handlungsbedarf auf internationaler Ebene. Nur so können alle Regulierungsschlupflöcher gestopft sowie Wettbewerbsverzerrungen und Subventionswettläufe verhindert werden. Dieser Umbau muss in erster Linie von den demokratisierten Vereinten Nationen geleitet werden, die auf Lebensbedingungen der Bevölkerung Rücksicht nehmen, anstatt von internationalen Finanzinstitutionen, die weiterhin eine neoliberale Politik propagieren. Doch das entlässt die nationale Politik keineswegs aus der Pflicht. Einerseits muss auf nationaler Ebene Versäumtes nachgeholt werden. Und andererseits sollen Bundesrat und Schweizerische Nationalbank (SNB) innerhalb der entscheidenden **internationalen Gremien** (Internationaler Währungsfonds (IWF), Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), Financial Stability Board (FSB) etc.) aktiv und umgehend auf eine nachhaltige Reform der globalen Finanzmarktordnung hinarbeiten.

Folgende Punkte stehen in der internationalen Regulierungsdebatte im Zentrum:

1. Alle Regulierungsschlupflöcher schliessen

Kein Produkt, kein Akteur, kein Markt und kein Territorium dürfen **unreguliert** und **unbeaufsichtigt** bleiben. Namentlich die bisher praktisch unkontrollierten Hedge Fonds und Private Equity Fonds müssen zu Transparenz gezwungen und in ihrer aktuellen unregulierten Form verboten werden. Die Regulierungsflucht gehören weltweit genauso gestoppt wie die Steuerflucht.

2. Schluss mit geschönten Bilanzen

Die international verwendeten **Bilanzierungsvorschriften** für Banken sind so zu ändern, dass alle Risiken auch in den Bilanzen ausgewiesen werden müssen. Finanzgeschäfte ausserhalb der Geschäftsbilanzen werden unter Androhung des Banklizenzentzugs verboten. Das gilt insbesondere auch für die Zweckgesellschaften („Conduits“), die in den letzten Jahren immer stärker ausserbilanzlich dazu verwendet wurden, hochriskante Engagements zu kaschieren. Da die geltenden **Bewertungsregeln** für Vermögenswerte zu laufenden Marktpreisen („Fair-Value-Bewertung“) krisenverschärfend wirken, müssen sie korrigiert und eine Rückkehr zum Niederstwert- oder Anschaffungswertprinzip durchgesetzt werden. Diese entscheidenden Regeln dürfen nicht mehr der Selbstregulierung der Branche überlassen werden.

3. Nur noch geprüfte Finanzprodukte

Ratingagenturen haben die Finanzkrise massgeblich mit verursacht. Ohne ihre teilweise wertlosen Qualitätsbewertungen wären die verbrieften Schuldpapiere mit gebündelten faulen Krediten nie zum globalen Spekulationsobjekt geworden. Die heute zu einflussreichen Agenturen müssen zentral registriert und ihre Geschäftstätigkeit sowie ihre Risikomodelle transparent gemacht und nach internationalen Standards überwacht werden. Ferner müssen diese Agenturen wegen der drohenden Interessenkonflikte zwischen Rating-Tätigkeit und Beratung wählen. Mittelfristig dürfen Finanzprodukte von Banken und anderen Finanzinstituten nur noch verkauft werden, wenn diese von einer neu zu schaffenden **Zulassungsstelle für Finanzinnovation** („Finanz-TÜV“) überprüft und für gut befunden worden sind. Die Zulassungsstelle soll die gehandelten Finanzprodukte regelmässig überprüfen und mit einem Rating versehen. Das Ziel müssen standardisierte, vereinfachte Produkte sein, die möglichst geringe Risiken aufweisen. Alle Finanzprodukte müssen via eine anerkannte und regulierte Börse oder Börsenplattform gehandelt werden.

4. Märkte im Dienste der Realwirtschaft und nicht der Zocker

Die Spekulation auf sinkende Preise hat in den vergangenen Monaten einen Kurszerfall ausgelöst („**Shortselling**“) und damit die Krise zusätzlich verstärkt. Ein ähnliches Phänomen war zuvor bereits bei der Preishausse an den Rohwaren- bzw. Rohwarenderivatemarkten festgestellt worden. In den letzten Jahren ist immer mehr spekulatives Kapital in den Handel mit Grundnahrungsmitteln wie etwa Reis, Mais oder Weizen geflossen. Im Jahr 2008 wurde der ganzen Welt vor Augen geführt, was die Folgen der fragwürdigen Termingeschäfte mit Nahrungsmitteln sind: Der Maispreis stieg innerhalb von 6 Monaten um über 60%, der Reispreis gar um über 80% - mit katastrophalen Folgen für Millionen von Menschen. Daher soll zur Systemsicherung der Terminverkauf von Wertpapieren, Rohwaren oder Finanzinstrumenten verhindert werden, wenn die VerkäuferIn zum Verkaufszeitpunkt nicht in deren Besitz ist.

Finanzinstitute dürfen ihre ausstehenden Kreditrisiken nicht mehr zu 100 Prozent verbrieften („**Securitization**“) und so das vollständige Ausfallrisiko an andere Akteure weiterreichen können. Banken müssen künftig gezwungen werden, mindestens 20 Prozent des Kreditrisikos selber zu tragen.

5. Sand ins Getriebe der globalen Finanzströme

Das **globale Ungleichgewicht**, das insbesondere im Aussenhandelsdefizit der USA zum Ausdruck kommt, wird gezwungenermassen korrigiert werden müssen. Wenn das nicht geordnet und konzertiert geschieht, wird diese Korrektur im Rahmen einer nächsten Krise schockartig und mit katastrophalen Folgen für die Realwirtschaft geschehen. Die grossen Währungsblöcke (Dollar, Euro, Yen, Yuan Renminbi) sollen zur längerfristigen Stabilisierung in einem System von kontrolliert schwankenden Wechselkursen (Währungsbänder) verknüpft werden. Im Rahmen eines "Bretton Woods II" muss eine langwährende internationale Zusammenarbeit angestrebt werden.

Die gigantischen Handelsvolumen an den internationalen Finanzmärkten haben sich in dieser Krise nicht stabilisierend ausgewirkt, wie das von den Mainstream-ÖkonomInnen immer propagiert worden ist. Mit diesem nun widerlegten Argument wurde bisher eine internationale **Steuer auf Finanztransaktionen** zurückgewiesen. Eine innovative Tobin-Steuer muss jetzt aber zur Entschleunigung der Finanzströme eingeführt werden.

- *Der Bundesrat und die SNB müssen sich in allen internationalen Gremien für eine nachhaltige Reform der Finanzmärkte im Sinne der genannten fünf Punkte einsetzen und diese Anliegen in die Debatten einbringen. Das Parlament ist in diesen Prozess einzubeziehen und so auch regelmässig über die erfolgte Arbeit und die gemachten Fortschritte zu informieren.*
- *Die Schweiz soll sich in allen internationalen Gremien dafür engagieren, dass Spekulationsgeschäfte mit Grundnahrungsmitteln unterbunden werden. Die SP Schweiz fordert ausserdem, dass sich Bundesrat und Parlament dafür einsetzen, dass Finanzunternehmen keine Produkte mehr anbieten dürfen, mit welchen auf Nahrungsmittelpreise spekuliert wird.*
- *Die Schweiz setzt ihre Massnahmen zu den UN-Millenniumszielen fristgerecht um.*

Auf nationaler Ebene besteht wie folgt Handlungsbedarf:

6. Keine Aufsicht am Gängelband der Banken

Der Bundesrat muss für den Finanzplatz Schweiz eine neue Gesamtstrategie formulieren, die sich an den internationalen Reformarbeiten für eine neue Finanzmarktarchitektur orientiert. Die sich daraus ergebenden gesetzlichen Änderungen müssen im Interesse der gesamten Volkswirtschaft und insbesondere auch des Werkplatzes erfolgen. Die Finanzmarktaufsicht Finma muss aus **unabhängigen FachexpertInnen** zusammengesetzt sein. Nur wenn die Aufsichtsbehörden zudem international eng vernetzt werden und gemäss den gleichen Regeln und Grundsätzen funktionieren, können sie global tätige Konzerne effektiv überwachen. Die nationale Zersplitterung der Regulierungs- und Aufsichtsbehörden führt derzeit dazu, dass Finanzmarktakteure den Zuständigkeitsbereich der einzelnen Behörden umgehen und diese gegeneinander ausspielen.

- *Bei der Besetzung der Finanzmarktaufsicht Finma muss sichergestellt werden, dass auch die Interessen und die Sichtweise der KleinsparerInnen und des Werkplatzes jederzeit im Gremium mit mehreren Personen vertreten sind. Ebenso muss für das Gremium eine paritätische Geschlechterquote gelten. Zudem ist die Finma mit zusätzlichen Kompetenzen und mehr Ressourcen zu stärken, damit sie den Banken und Versicherungen „auf Augenhöhe“ begegnen kann. Speziell zur Überwachung des Systemrisikos, das von den Grossbanken ausgeht, muss zusätzliches qualifiziertes Personal rekrutiert werden.*
- *Die Finma muss von jeglichen Regulierungsaufgaben entbunden werden, denn diese gehören in den Verantwortungsbereich der Politik. Die Regeln für den Finanzplatz dürfen nicht mehr in den Hinterzimmern der Banken vereinbart und via Rundschreiben der Aufsichtsbehörden kommuniziert werden, sondern müssen von Bundesrat und Parlament politisch, demokratisch und transparent definiert werden.*
- *Analog zu ähnlichen Bestrebungen in der EU muss die Schaffung eines Koordinationsausschusses Systemrisiko von Bundesrat, SNB, Finma sowie Weko geprüft werden.*
- *Zur Erhöhung der Transparenz der Finma als Aufsichtsbehörde soll der Jahresbericht, der dem Bundesrat und dem Parlament vorgelegt wird, mit zusätzlichen Informationen speziell in den Bereichen Risiko der Grossbanken, internationale Entwicklungen, Finanzplatzstrategie und Regulierungsprobleme ausgebaut werden.*
- *Die Finma verpflichtet sich als Aufsichtsbehörde bei der Überprüfung der Entlohnungsmodelle „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ bei allen Finanzinstituten als Grundsatz einzufordern.*
- *Der Bundesrat muss endgültig auf die angekündigten Massnahmen verzichten, die als Zukunftsstrategie für den Finanzplatz verstärkt „alternative Anlagen“ wie Hedge Fonds in die Schweiz locken sollen.*

7. Die Kantonalbanken müssen sich auf das lokale Geschäft konzentrieren

Die Kantone müssen den Erhalt ihrer Beteiligungen an ihren Kantonalbanken garantieren und deren **Politik auf die lokale und regionale Wirtschaft ausrichten**, anstatt zu versuchen, auf internationaler Ebene gross mitzuspielen. Eine solche Kreditpolitik ist weit nachhaltiger und für die volkswirtschaftliche Entwicklung nützlicher als internationale Expansionsprojekte. Die Kantonalbanken sollen bei ihrer Investitions-, Entwicklungs- und Lohnpolitik vorbildhaft agieren.

8. Kein Hort für Steuerflüchtlinge

Steuerflucht in Steueroasen und Offshore-Zentren tragen zur Destabilisierung der internationalen Finanzmärkte bei, zumal auf diese Weise gigantische Vermögenswerte der ordentlichen Regulation entzogen werden. Auch aus diesem Grund ist klar: Das Schweizer Bankgeheimnis darf nicht länger der internationalen Steuerflucht dienen. Der Bundesrat muss sich unzweideutig von diesem **Geschäftsmodell der Schweizer Banken verabschieden** und sich offensiv für eine nachhaltige Finanzplatzstrategie und die Austrocknung aller Steueroasen weltweit einsetzen. Es braucht wirksame multilaterale Regulierungen und international akzeptierte nationale Regeln, die Steuergerechtigkeit und Rechtssicherheit durch einen geordneten Informationsaustausch gewährleisten. Die Besteuerung muss dort erfolgen, wo Steuerpflichtige Leistungen in Anspruch nehmen.

- *Der Bundesrat muss die Steuervermeidungspraktiken transnationaler Unternehmen wirksam zurückdrängen und den OECD-Standard für Amtshilfe in Steuersachen gegenüber allen Staaten anwenden. Der OECD-Standard fordert, alle Informationen zu gewähren, die für die wirksame Durchsetzung der Steuergesetzgebung des Partnerstaates erforderlich sind.*
- *Die in der Gewährung von Amtshilfe unsinnige Unterscheidung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung muss ebenso dahinfliegen wie die kaum überspringbare Hürde, Amtshilfe allein bei einem begründeten Anfangsverdacht gegen namentlich bekannte Personen und Bankverbindungen zu gewähren. Zur Umsetzung muss der Bundesrat nicht allein die bestehenden Doppelbesteuerungsabkommen anpassen, sondern auch umgehend das Gesetz über internationale Rechtshilfe ändern und die Beschwerdemöglichkeiten in Amts- und Rechtshilfeverfahren abschaffen.*
- *Ferner müssen die Banken verpflichtet werden, bei Verdacht auf Steuerflucht die zuständigen Behörden zu orientieren.*
- *Zudem soll sich der Bundesrat für eine materielle Ausweitung der Zinsbesteuerung einsetzen und diese gegenüber sämtlichen Staaten anwenden.*
- *Die SP fordert die Gleichbehandlung aller Staaten, statt wie heute allein den mächtigsten Verhandlungspartnern Konzessionen zu gewähren.*
- *Qualifizierte Steuerhinterziehung ist auch im Inland dem Steuerbetrug gleichzustellen und entsprechend zu ahnden.*

9. Die Lohnschere schliessen und Boni-Exzesse an der Spitze unterbinden

Finanzinstitute brauchen **Anreiz- und Vergütungssysteme**, die auf Nachhaltigkeit statt auf schnelle Rendite ausgerichtet sind. Im Rahmen der laufenden Aktienrechtsrevision müssen transparente und am längerfristigen Unternehmenserfolg ausgerichtete Modelle eingeführt werden. Nur durch Lohntransparenz lässt sich namentlich die Diskriminierung von weiblichen Mitarbeitenden verhindern und gleichen Lohn für gleiche Arbeit garantieren. Die Finanzmärkte benötigen dringend einen anderen Fokus und andere Prioritäten. Die Öffentlichkeit ist mit Recht nicht bereit, einfach für die Finanzkrise zu bezahlen, ohne einen Systemumbau in Aussicht zu haben. Denn diese Krise muss jetzt genutzt werden, dass ein anderes Wirtschaften mit ethischen, sozialen und ökologischen Kriterien an Bedeutung gewinnt. Und unter den sozialen Bedingungen sind auch jene zur Gleichstellung der Geschlechter mittels Quoten in den Führungsgremien und die Beachtung der Lohngleichheit zu verstehen. Diskriminierungen kosten jede Gesellschaft viel Geld. Es braucht jetzt eine nachhaltige Kultur, die Diversität ganz Allgemein als Chance sieht.

- *Grundsätzlich sollen die Mitarbeitenden mit Fixsalären (inklusive 13. Monatslohn) sowie eventuell mit einer allgemeinen Gewinnbeteiligung entschädigt werden. Der maximal zulässige variable Lohnanteil oder Bonus soll auf maximal 30 Prozent beschränkt sein. Die variable Entlohnung muss dabei als Bonus-Malus-System mindestens auf fünf Jahre ausgerichtet sein und dieser Lohnbestandteil darf erst nach einer entsprechenden Frist ausbezahlt werden.*
- *Zusätzlich soll für Unternehmen die steuerliche Abzugsfähigkeit von Personalvergütungen (Saläre, Boni etc.) als Aufwand auf maximal eine Million Franken pro Person beschränkt werden. Darüber hinausgehende Entschädigungen müssen als vorgezogene Gewinnausschüttung entsprechend versteuert werden.*
- *Im Sinn der 1:12-Initiative der JUSO darf der höchste Lohn in einem Unternehmen nicht mehr als das 12fache des tiefsten Salärs betragen. Von Lohnerhöhungen an der Spitze muss auch die Basis profitieren können, denn schliesslich tragen die Mitarbeitenden auf allen Stufen zum wirtschaftlichen Erfolg bei.*
- *Analog zu den seit 2008 geltenden Gesetzen in Norwegen sollen in der Schweiz börsenkotierte Aktiengesellschaften verpflichtet werden, innerhalb von fünf Jahren mindestens 40 Prozent ihrer Geschäftsleitungsstellen und ihrer Verwaltungsratsmandate mit Frauen zu besetzen. Verschiedene Studien belegen, dass sich die Geschlechterdiversität in den Führungsgremien auch ökonomisch auszahlt.*

10. Ein Finanzplatz ohne Grossbanken als Klumpenrisiko

Es braucht eine deutliche Verschärfung der **Liquiditäts- und Eigenkapitalvorschriften** bei den Grossbanken. Die zusätzlichen Sicherheitspuffer sollen nach dem Abschwelen der Finanzkrise international koordiniert aufgebaut werden, um eine krisenverschärfende und destabilisierende Wirkung in Zukunft zu verhindern. So können die Grossbanken gezwungen werden, rein spekulative und volkswirtschaftlich fragwürdige Tätigkeiten zu reduzieren.

Eine Abspaltung des Investmentbanking vom Kreditgeschäft der Grossbanken (**Trennbanken-System**) muss durchgesetzt werden. Nur so kann verhindert werden, dass künftig erneut der spekulative Eigenhandel von Investmentbankern das Kreditgeschäft einer systemrelevanten Grossbank gefährden kann – und eine staatliche Rettungsaktion nötig wird.

- *Grossbanken mit Bilanzsummen, die ein Mehrfaches (UBS Ende 2007: 476 Prozent) des Bruttoinlandprodukts ausmachen, stellen ein Systemrisiko dar. Mit massiv verschärften Eigenkapitalvorschriften sowie einer Aufspaltung der Geschäftstätigkeiten muss eine Redimensionierung herbeigeführt werden.*
- *Die Liquiditäts- und Eigenmittelvorschriften sollen dynamisch ausgestaltet werden, wie das in Spanien seit Jahren erfolgreich mit eingesetzten Risikoauflagen für die Banken geschieht. Banken müssen sich in guten Zeiten zwingend Eigenkapitalpuffer für Krisenzeiten aufbauen, was zudem im Aufschwung die Gefahr der Überhitzung mildert.*

11. Die Postbank als vertrauenswürdige Alternative

Das Vertrauen der Öffentlichkeit in den privaten Bankensektor ist zu Recht angeschlagen. Dass die Post in der angespannten Kreditsituation ihre KundInnen Gelder im Ausland anlegen muss, ist unverantwortlich. Eine Postbank im Bundesbesitz und mit einer klar formulierten und abgeholzten Staatsgarantie würde den Service Public und die heimische Wirtschaft stärken.

- *Umgehend gilt es im Interesse der Haushalte und der KMU eine nationale Postbank mit einer Staatsgarantie zu lancieren. Die Postbank soll als Tochtergesellschaft der Post vollständig im Besitz des Bundes sein. Nur mit neuen Marktakteuren lässt sich die gefährliche Dominanz der beiden Grossbanken auf dem Finanzplatz langfristig reduzieren und somit die Bankenstruktur in der Schweiz vernünftig reorganisieren.*

12. Banken zu Transparenz zwingen

KonsumentInnen, die ihre Ersparnisse anlegen wollen, haben Anspruch auf eine kompetente und risikogerechte Beratung. Sie dürfen nicht zum Kauf von intransparenten Finanzprodukten animiert werden, die ihrer Lebenssituation und ihren finanziellen Möglichkeiten nicht entsprechen. Die Informations- und Vertriebsbestimmung sowie **KonsumentInnenrechte** müssen im Sinne eines verbesserten BankundInnenschutzes überarbeitet und standardisiert werden.

- *Der weitergehenden KonsumentInnenrechte der EU im Finanzbereich (Allgemeine Geschäftsbedingungen etc.) sollen auch in der Schweiz übernommen werden.*

13. Keine Schmiergelder aus der Finanzwirtschaft

Die politischen Entscheidungen rund um die Rettungsaktion für die UBS sowie die Reaktion der bürgerlichen Parteien auf die schärferen Eigenmittelvorschriften der Finma haben gezeigt, wie sich die Parteispenden des Finanzplatzes auswirken. Die offensichtliche Einflussnahme der Banken auf die Politik gefährdet die langfristige Stabilität des Finanzplatzes, weil kurzfristige Gewinninteressen einzelner Grossinstitute höher gewichtet werden.

- *Die Parteienfinanzierung durch systemrelevante Grossbanken ist zu verbieten und grundsätzlich in allen übrigen Fällen zwingend offen zu legen. Die finanzielle Abhängigkeit der begünstigten ParlamentarierInnen von diesen Instituten verhindert die nötige Distanz, wenn über Regulierungs- und Aufsichtsfragen sowie allfällige Rettungsaktionen entschieden werden muss.*

14. Keine Spekulationen mit den Renten!

Die an den Finanzmärkten investierten Altersvorsorgegelder der Arbeitnehmenden verdienen einen besonderen Schutz. Dies kann nur mit Transparenz und klaren, verbindlichen Anlagevorschriften für Pensionskassengelder garantiert werden. Die massiven Anlageverluste und folgedessen die Unterdeckungen einer Mehrheit der Pensionskassen zeigen derzeit die Anfälligkeit der Altersvorsorge auf Kursschwankungen an den Finanzmärkten. Die Situation zwingt den Bundesrat und das Parlament dazu, in den nächsten Monaten allfällige Korrekturen einzuleiten, um das Vertrauen in das bestehende 3-Säulen-Modell zu stärken.

- *Die Anlageausschüsse der Pensionskassen müssen zwingend paritätisch nach Geschlechtern und mit VertreterInnen der ArbeitgeberInnen und der ArbeitnehmerInnen zusammengesetzt sein.*
- *Die Pensionskassen sind verpflichtet, bei der Auswahl von Finanzinstrumenten und spezifischen Anlagen nach höchsten ethischen Standards eine nachhaltige Anlagepolitik im Interesse der Umwelt und der Gesellschaft zu verfolgen. Die Interessen der Beitragzahlenden wie auch der RentenempfängerInnen müssen dabei gleichberechtigt berücksichtigt werden.*